

Japans Misserfolge im Bereich grüne Energie sollten den USA als Warnung dienen: Nicht auf die Klimapolitik hereinfallen!

geschrieben von Chris Frey | 15. Oktober 2025

Yoshihiro Muronaka

Im August 2025 berichteten japanische Medien, dass Mitsubishi Corporation sich darauf vorbereitete, sich aus drei Offshore-Windprojekten vor den Küsten der Präfekturen Chiba und Akita zurückzuziehen. Im Jahr 2021 hatte Mitsubishi diese Standorte mit bemerkenswert niedrigen Geboten von 8 bis 11 Cent/Kilowattstunde (kWh) gewonnen, was als Beweis für die Stärke japanischer Unternehmen und Japans Ambitionen im Bereich der erneuerbaren Energien gefeiert wurde.

Die Realität sah jedoch anders aus. Die Kosten für Stahl, Turbinen und Logistik stiegen sprunghaft. Der Yen schwächte sich ab, die Zinssätze stiegen und es kam zu Verzögerungen bei den Zertifizierungsprozessen. Bis 2025 hatte Mitsubishi bereits Wertminderungsverluste in Höhe von über 350 Millionen US-Dollar verbucht, und bei einer Fortsetzung der Projekte wären weitere Verluste zu erwarten gewesen. Der Rückzug ist nicht nur ein unternehmerischer Misserfolg, sondern offenbart auch offensichtliche Widersprüche in der japanischen Energiepolitik.

Auf der anderen Seite des Atlantiks sahen sich Offshore-Anlagen ähnlichen Schwierigkeiten gegenüber. An der Ostküste der USA stornierte Ørsted zwei Großprojekte in New Jersey und musste Verluste in Milliardenhöhe hinnehmen. BP und Equinor kündigten Verträge in New York, nachdem die Kosten um 40 % über die Schätzungen gestiegen waren. In einigen Fällen entschieden sich Unternehmen dafür, hohe Strafen zu zahlen, anstatt sich auf verlustreiche Unternehmungen einzulassen.

Auch Europa, der Pionier der Offshore-Windenergie, ist ins Straucheln geraten. In Großbritannien hat Vattenfall sein Projekt Norfolk Boreas aufgrund einer Kostensteigerung von 40 % eingestellt. Selbst Dänemark, das oft als Vorreiter gefeiert wird, hat neue Ausschreibungen verschoben.

Die Marktsignale in diesen Regionen waren eindeutig: Wenn die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist, werden Projekte zurückgefahren oder gestrichen. Japan hingegen behandelt die Offshore-Windenergie weiterhin als zentralen Pfeiler seiner Roadmap für 2040 und strebt eine Kapazität von 45 Gigawatt an. Woher kommt dieser Unterschied?

Sobald ein Projekt als nationales Projekt ausgewiesen ist, lassen sich politische Entscheidungen in Japan nur schwer rückgängig machen. Die Offshore-Windenergie ist mit drei Zielen gleichzeitig verbunden: Dekarbonisierung, Energiesicherheit und industrielle Wiederbelebung. Milliarden an Subventionen aus dem Green Innovation Fund sind bereits zugesagt, während lokale Regierungen und Industrien Verträge und Arbeitsplätze erwarten.

Tatsächlich ist die Offshore-Windenergie zu einer neuen Art von öffentlichem Bauprojekt geworden. Häfen, Bauunternehmen, Schwerindustrie und Handelshäuser profitieren alle von der staatlichen Unterstützung. Für Politiker bedeutet dies regionale Entwicklung, für Bürokraten sichtbare Fortschritte. Unter diesen Umständen wird der Rückzug von Unternehmen als vorübergehender Rückschlag betrachtet und führt zu keiner Überprüfung der Politik.

Die Debatte über Energiekosten konzentriert sich oft auf die Stromgestehungskosten (Levelized Cost of Electricity, LCOE), die sich eng auf die Kosten für die Erzeugung einer Kilowattstunde Strom beschränken. Diese Kennzahl erfasst jedoch nicht die umfassenderen wirtschaftlichen Realitäten, die in den Gesamtstromkosten (Full Cost of Electricity, FCOE) zum Ausdruck kommen. Die FCOE bieten eine umfassendere Bewertung, da sie zusätzliche Faktoren wie die Kosten für die Notstromversorgung durch fossile oder nukleare Kraftwerke zur Überbrückung der Unterbrechungen bei erneuerbaren Energiequellen, die Kosten für den Ausbau des Stromnetzes und Ausgleichsdienste zur Aufrechterhaltung der Stabilität sowie Subventionen, Prämien und öffentliche Förderprogramme berücksichtigen, die häufig bestimmte Energietechnologien unterstützen. Darüber hinaus berücksichtigt die FCOE die langfristigen Kosten für Stilllegung, Recycling und Umweltsanierung und gewährleistet so eine genauere Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen der Stromerzeugung.

Wenn diese berücksichtigt werden, können die Kosten für Offshore-Windenergie das Zwei- bis Dreifache der LCOE betragen.

Die LCOE von Offshore-Windenergie liegen bei etwa 12–16 ¢/kWh, aber wenn man die Gesamtkosten für Strom (FCOE) berücksichtigt, steigen sie auf 20–30 ¢/kWh. Kernkraft und Gas bleiben mit etwa 12–14 ¢/kWh bzw. 10–12 ¢/kWh deutlich niedriger.

[Studien](#) der OECD bestätigen, dass mit dem Anstieg des Anteils erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarenergie von 10 % auf 30 % im Stromnetz die FCOE stark steigt. Japan hebt jedoch die sinkenden LCOE hervor und spielt die FCOE herunter, wodurch eine Illusion von Wettbewerbsfähigkeit entsteht.

Da Projekte mit festem Fundament mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, fördern japanische Politiker zunehmend schwimmende Offshore-Windkraftanlagen als einzigartigen Vorteil. Sie argumentieren, dass die

tiefen Küstengewässer Japans für schwimmende Turbinen besser geeignet sind.

Weltweit befindet sich die schwimmende Windenergie jedoch noch in der Entwicklungsphase. Norwegens Hywind Scotland und Frankreichs Provence Grand Large liefern wertvolle Daten, aber ihre Kosten sind nach wie vor weitaus höher als bei Projekten mit festem Untergrund. Die wirtschaftliche Rentabilität ist noch nicht erwiesen. Auf schwimmende Windkraftanlagen als „Game-Changer“ zu setzen, birgt die Gefahr, den gleichen Fehler zu wiederholen: politische Begeisterung ohne wirtschaftliche Grundlage.

Die Erfahrungen Japans mit Offshore-Windenergie betreffen nicht nur Japan. Sie veranschaulichen, wie Energiepolitik überall in politische Trägheit, selektive Kostenberichterstattung, technologischen Optimismus und festgefahrenen Interessen abgleiten kann.

Die Lehre daraus ist klar. Politische Entscheidungsträger sollten immer die Gesamtkosten bewerten und nicht nur Teilzahlen. Sie sollten Marktsignale beachten und ihre Politik entsprechend anpassen. Vor allem sollten sie vermeiden, Energiepolitik, die auf unbewährten Technologien basiert, zu politischer Klientelpolitik werden zu lassen.

Der Rückzug von Mitsubishi zeigt, dass selbst Giganten fehlerhafte politische Rahmenbedingungen nicht überwinden können. Wenn Japan mit seiner beeindruckenden industriellen Basis Schwierigkeiten hat, Offshore-Windenergie rentabel zu machen, sollten andere aufmerksam werden.

Japans Rückschlag bei der Offshore-Windenergie ist mehr als nur ein innenpolitisches Problem. Er ist eine globale Mahnung vor den Gefahren, die entstehen, wenn man die Gesamtkosten ignoriert und an Illusionen festhält. Ehrgeizige Ziele und politische Trägheit können die Realität verschleiern, aber die Wirtschaftlichkeit wird sich immer wieder durchsetzen.

Für politische Entscheidungsträger weltweit sollte Japans Fall nicht als Blamage angesehen werden, sondern als Warnung und Chance: Energiewenden müssen sich an Fakten orientieren wenn sie nachhaltig sein sollen, und nicht an Hoffnungen.

This commentary was first published by [The Western Journal](#) on October 6, 2025.

Yoshihiro Muronaka has extensive experience in energy and technology sectors, including R&D projects commissioned by Japan's national research agency and others. He is a Professional Engineer (Japan) in environmental systems and a member of the [CO₂ Coalition](#). He has a master's in chemical engineering from Osaka University and studied at Massachusetts Institute of Technology.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/10/07/japans-green-energy-failures-serv-e-as-a-warning-to-the-us-dont-fall-for-the-climate-agenda/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE